

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeiger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich, Sernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verlegungspreis für Abnehmerposten: Vierteljahr 30 Pfennige, halbjährig 55 Pfennige, Kassenpreis 40 Pfennige, auswärtige Posten 1 Reichsmark, sämtliche Preise in Pfennigen.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 200

Sonntag, den 26. August 1928

23. Jahrgang

### Die heutige Nummer

enthält u. a. folgende Beiträge:

- Bekämpfung der Betriebsunfälle.
- Des „müßleren“ Ehepaars Leiden.
- Die Münchener und die Pinakotheken. (Von R. Ottlinger).
- Zeige deinen Kopf und ich sage dir ...
- Vornehme Modehunde.
- Die sieben Säber Roms.

### Die Politik der Woche.

Vor der Unterzeichnung. — Ueberall Verstimmungen. — Das geheimnisvolle Flottenabkommen. — Wahlen in Griechenland. — Der Panzerkreuzer.

Die abgelaufene Woche hat fast allen Kabinetten dazu gedient, die nötigen Vorbereitungen für die Pariser Unterzeichnungsfestlichkeiten und für die Genfer Verhandlungen zu treffen. Auch eine Sitzung des Reichskabinetts — es war die erste Sitzung des neuen Kabinetts, an der der Außenminister Dr. Stresemann teilnahm — war diesem Problem gewidmet. Nichts man damals noch damit, daß der Reichsaussenminister sich von Paris direkt nach Genf begeben würde, so hat eine neue ärztliche Untersuchung, Dr. Stresemanns ergeben, daß der Gesundheitszustand des Außenministers noch nicht wieder derart ist, daß Stresemann sich so große Anstrengungen, wie sie die Genfer Verhandlungen nun einmal mit sich bringen, zuzumuten darf. Die deutsche Vorbereitung in Genf wird daher unter Führung des Reichskanzlers Müller stehen.

Ueberhaupt kann man nicht sagen, daß die Atmosphäre auch nur annähernd so ist, wie sie unmittelbar vor der Unterzeichnung eines so weittragenden Vertrages wie des Kellogg-Paktes sein müßte. Man kann ganz davon absehen, daß der neue französische Haushaltsplan wiederum eine Vergrößerung der Rüstungsausgaben bringt, was auch nicht gerade den Anschein erweckt, daß man in Frankreich gesonnen wäre, irgendwelche Forderungen aus der Unterzeichnung des Kriegsschlichtungspaktes zu ziehen. Man kann aber nicht daran vorbeigehen, daß durch das englisch-französische Flottenabkommen überall eine sehr starke Nervosität entstanden ist. In Italien fühlt man sich durch dieses Abkommen bedroht, man glaubt, daß die Vereinbarungen in erster Linie gegen Italien gerichtet sind und daß England sich bereiter hat, die Transporte französischer Kolonialsoldaten nach Frankreich im Kriegsfall zu sichern. Angesichts dieser starken Verstimmungen in Rom ist es nicht weiter verwunderlich, daß ein sonst an sich nicht sonderlich aufregender Zwischenfall, nämlich eine Prügelei zwischen italienischen Studenten und der Pariser Polizei, Anlaß gegeben hat zu französisch-italienischen Kundgebungen. Man hat in Italien diese Studenten sehr feierlich empfangen und der Generalsekretär der faschistischen Partei, Tullio, hat bei dieser Gelegenheit eine Ansprache gehalten, die wohl am besten als Kampfansage bezeichnet und die charakteristischsterweise auch Rufe wie „Nieder mit Frankreich“ ausstieß. Es ist begreiflich, daß man darüber wieder in Paris nicht gerade sehr entsetzt ist, doch bemüht sich die französische Presse, die ganze Angelegenheit totzuschweigen.

In London wiederum ist man arg verschuppt, weil der amerikanische Staatssekretär Kellogg seinen Besuch in der englischen Hauptstadt angelegt hat. Dabei hat sich die englische Presse mit Anerkennungsvollem Eifer bemüht, die amerikanischen Bejorgnisse wegen des französisch-englischen Flottenabkommens zu zerstreuen. Immer wieder hat man, und darin wurde die englische Presse auch von den der französischen Regierung nahestehenden Blättern unterstützt, sich um den Nachweis bemüht, daß das Flottenabkommen eine äußerst harmlose Sache sei und keinerlei Geheimnisse enthalte. In Amerika hat man diesen Versicherungen offenbar nicht Glauben geschenkt, man hält es dort für sehr wenig wahrscheinlich, daß die englischen Politiker in der Landrüstung Frankreich freie Hand lassen, wenn nicht weitergehende Vereinbarungen getroffen sind. Auch sprechen zahlreiche Anzeichen dafür, daß die englische Politik sich stärker an Frankreich gebunden hat, als man das heute in London wahrhaben will.

Somit ist es in der Außenpolitik verhältnismäßig still geblieben. Erwähnung verdienen eigentlich nur noch die griechischen Wahlen, bei denen Venizelos unbeschnittener Sieger blieb. Die Royalisten werden in der neuen Kammer nur eine ganz untergeordnete Rolle spielen.

In der Innenpolitik reifen die Auseinandersetzungen über den Panzerkreuzerbeschuß nicht ab. Die Sozialdemokratie wird von diesen Auseinandersetzungen naturgemäß in erster Linie betroffen. Den Parteieninstanzen ist es dabei bis heute noch nicht gelungen, die Erregung zu besänftigen, vielmehr ist in verschiedenen Veranstaltungen öffentlicher Organisationen sehr nachdrücklich gegen die Haltung der sozialdemokratischen Minister Stellung genommen worden, hat doch auch die Ortsgruppe Breslau sogar erneut den Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder gefordert, was in der gemeinsamen Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses mit der Reichstagsfraktion ausdrücklich abgelehnt worden war.

Inwieweit der inzwischen vom Kabinett gefasste Beschluß auf Verlängerung der Unterfertigungsbauer in der Arsenalfabrik auf 39 Wochen geeignet ist, die hochgehenden Wogen der Erregung zu besänftigen, bleibt zunächst abzuwarten.

## Reichskanzler Müller fährt nach Genf

### Die gestrige Kabinettsitzung.

Das Reichskabinetts hat sich in seiner gestrigen Sitzung dahin entschieden, daß für den durch seinen Gesundheitszustand behauerlicherweise noch behinderten Reichsminister des Auswärtigen der Reichskanzler selbst die Führung der deutschen Delegation für die diesjährige Völkerbundversammlung in Genf übernehmen wird. Der Reichskanzler beabsichtigt zur Eröffnung der Bundesversammlung, die am 3. September stattfindet, in Genf einzutreffen. Die Dauer seines dortigen Aufenthaltes wird von dem Verlauf der Tagung abhängen.

Zu dem Kabinettsbeschuß über die Reise des Reichskanzlers nach Genf wird von den Berliner Blättern betont, daß der Reichskanzler nur für die Vollversammlung des Völkerbundes die Führung der deutschen Delegation übernehmen werde. Für die vorher stattfindende Tagung des Rates werde dagegen, wie im Juni, der Staatssekretär im Auswärtigen Amte, Dr. von Schubert, der Vorsitzende Deutschlands sein.

In politischen Kreisen wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Entschickung des Reichskanzlers, selbst nach Genf zu fahren, nicht in erster Linie auf die Frage der Rheinlandräumung zurückgeht. Zwar wird Reichskanzler Müller den Außenminister naturgemäß auch bei den Besprechungen vertreten, die, wie jedesmal, so auch zweifellos jetzt neben den eigentlichen Völkerbundtagungen stattfinden werden. Vor allem aber führt der Kanzler wegen des Völkerbundes selbst nach Genf, weil das deutsche Volk in einer so großen und wichtigen Versammlung, an der die hervorragendsten Führer des Auslandes teilnehmen, ebenfalls durch einen verantwortlichen Staatsmann vertreten sein muß. Das bedeutet nach der Auffassung politischer Kreise auch schon die Rücksicht auf die kleineren Staaten, mit denen wir zusammenarbeiten und die bekanntlich immer den größten Wert auf die Befestigung des Völkerbundes durch die sogenannten „Großen“ legen.

## Die Schicksalsfrage des Parlamentarismus

### Die interparlamentarische Tagung

Bei der gestrigen Sitzung der Interparlamentarischen Konferenz ergriff das Mitglied der englischen Gruppe Salazar das Wort; er betonte, daß er als einziger Vertreter des Kommunismus spreche und sagte u. a., solange noch fremde Besatzungstruppen sich auf dem Hoheitsgebiet anderer Staaten befinden, würde jeder Friedenspakt illusorisch sein.

Der Deutschamerikaner Bartholdt erklärte, die Erfahrung lehre, daß die Großmächte trotz ihrer selerischen Versprechungen auf eine Abrüstung einfach nicht eingehen wollten. Es bleibe deshalb nichts übrig, als zunächst das Schiedsgerichtssystem zu vervollkommen und dann erst abzurufen.

Der deutsche Führer der Minderheit in Dettland, der Abg. Dr. Schlemann, behandelte im Auftrage der deutschen Minderheit sowohl als auch der Minderheiten Europas ihre Lage, die sich, wie er ausführte, in den letzten Jahren außerordentlich verschlechtert habe. Gewiß ginge die Zahl der Klagen der Minderheiten beim Völkerbund zurück, aber das geschehe nicht, weil kein Anlaß zu Klagen mehr vorhanden sei, sondern weil die Minderheiten kein Vertrauen zum Völkerbund hätten. (Stärkliche Zustimmung.)

Hierauf ergriff der Präsident der österreichischen Gruppe Drexel das Wort. Nur der Anschluß an ein großes Wirtschaftsgebiet könne die Rettung Österreichs bringen. Wir sagen der ganzen Welt, so führt er fort, geht dem kleinen Österreich den Weg frei, den es braucht, um sich gleichberechtigt einzuordnen in die Reihen der Weltstaaten. (Beifälliger Beifall.)

Beim Jahre nach dem Kriege können die Sieger auch ohne Gefahr für sich dem deutschen Volke freie wirtschaftliche Entwicklung geben. (Beifälliger Beifall.)

Der Präsident der rumänischen Gruppe Duvara betonte, gerade jene erschreckenden Zahlen, die die Statistik über den Weltkrieg errechnet habe, nach denen 50 bis 60 Millionen Tote und über 340 Milliarden amerikanische Dollar Kriegskosten festgestellt worden sind, zwingen die Nationen dazu, an der Organisation des Friedens und der Gerechtigkeit im Rahmen der internationalen Organisation zu arbeiten.

Die Konferenz trat nachmittags in die Beratung des zweiten Punktes ihrer Tagesordnung ein, der sich mit der gegenwärtigen Entwicklung des parlamentarischen Systems befaßt. Dazu legte der Konferenz der gedruckte Bericht des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth vor. Dr. Wirth begründete zunächst, mit lebhaftem Beifall begrüßt, als Berichterstatter die von ihm vorgelegte Entschickung, die wir schon berichtet haben.

Nach den Ausführungen Dr. Wirths beantragte Senator Dr. Belcourt-Kanada, dem zweiten Teil der Entschickung eine neue Ziffer 7 hinzuzufügen, nach der es heißt, daß die Konferenz die Aufmerksamkeit der Gruppen auf die Notwendigkeit hinlenke, die Schuljugend in den Volksschulen einzuführen in die Grundprinzipien von Regierung, Parlament, Volksvertretung, von Wahlgeseh, Abstimmungsfreiheit und von Bürgerpflichten. Zu diesem Zweck solle ein kleines politisches Handbuch für Volksschullehrer ausgearbeitet werden, das die Grundzüge des repräsentativen Systems darstelle und zugleich Angaben über die beste Methode und die besten Mittel für diesen Spezialunterricht enthalte. Dieses Handbuch solle in die Sprachen aller der Union angehörenden Gruppen übersetzt werden. Die

Präsidenten sollten es ihren jeweiligen Regierungen zur Genehmigung vorlegen, damit es an alle Volksschullehrer verteilt werden könne. Zur Begründung dieses Vortrages führte der Senator aus: Vor einem halben Jahrhundert noch genossen die Parlamente größeres Ansehen als heute. Das liegt daran, daß man in jenen das Wahlrecht großen Volksmassen gegeben hat, die noch nicht darauf vorbereitet waren. (Beifälliger Beifall.)

Darauf führte der französische Abgeordnete Renaudel aus, da, wo das große Prinzip des allgemeinen Wahlrechts abgeschafft ist, ist eine allgemeine Unruhe, sind Störungen eingetreten. Es ist die einzige Formel, auf der das moderne Staatswesen aufgebaut werden kann. (Beifälliger Beifall.)

Dr. Palatos-Ungarn erklärte die große künftige Aufgabe des Parlamentes nicht so sehr in der Gesetzgebung — dafür gebe es auch andere sachverständige Stellen —, sondern in der politischen Regierung des Landes unmittelbar durch das Parlament. Für diesen Zweck sei das Parlament unerlässlich.

Die Schicksalsfrage des Parlamentarismus werde die sein, ob er Herr bleibe über die stetig wachsende Macht der organisierten Körperschaften im Staat. Es gebe nur zwei Auswege aus dem Parlamentarismus: Diktatur oder Ständeparlament. Das Parlament dürfe aber nicht die Generalversammlung vereiniger Berufsstände werden, darunter leide der Staatsgedanke, und es fehle die Möglichkeit, die Führerpersönlichkeiten im täglichen politischen Kampfe auszulesen. (Zustimmung.)

## Vor der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes.

Der große Tag, an dem der Kriegsverzichtsvertrag unterzeichnet wird, ist nunmehr herangekommen. Am Montag nachmittag werden die Vertreter von 15 der größten Staaten den Vertrag unterschreiben, und damit feierlich erklären,

„daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle beurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten“.

Was damit erreicht ist, darüber gehen die Meinungen heute noch weit auseinander. Es gibt glühende Verehrer und begeisterte Anhänger des Kellogg-Paktes, die diesen Vertrag als einen der größten Fortschritte der Menschheit bezeichnen, und es gibt Reifmisten, die von diesem Vertrage meinen, daß er kaum das Papier wert sei, auf dem er geschrieben stehe. Die Literatur über den Kellogg-Pakt ist recht umfangreich geworden, aber auch hier bekämpfen sich die beiden Anschauungen.

Die Wahrheit dürfte wie so oft, in der Mitte liegen, hat doch auch Kellogg selbst erklärt, daß er nicht der Ansicht sei, mit diesem Vertrage sei nun das tausendjährige Reich oder der ewige Frieden gekommen. Nicht ganz mit Unrecht hat man auch immer wieder darauf hingewiesen, daß der ursprüngliche Gedanke, jeden Krieg außerhalb des Rechts zu stellen, durch die englischen und durch die französischen Vorbereitungen durchschert worden ist, was freilich von anderer Seite damit entkräftet wird, daß mehr im gegenwärtigen Augenblick nicht zu erreichen war. Der Hauptmangel des Kellogg-Paktes ist und